Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — **Verlag, Auslieferung und Schriftleitung** des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 7 | **München / 6. Jahrgang** | **14. Februar 1919**

1919 Wochenkalender 5679

	Februar	Adar	Bemerkung
Sonntag	16	16	
Montag	17	17	
Dienstag	18	18	
Mittwoch	19	19	
Donnerstag	20	20	
Freitag	21	21	
Samstag	22	22	

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Nummer 7 München / 6. Jahrgang 14. Februar 1919

Judentum und Sozialismus.

Von Leo Rosenberg.

Dem sozialistischen Gehalt der lebendigen Religionen ist die letzte Nummer der in München erscheinenden „Süddeutschen Freiheit“ gewidmet, in der dieses Problem vom Standpunkt des Judentums im nachstehend wiedergegebenen Artikel, der auch für unsere Leser von Interesse sein dürfte, behandelt wird.

Des Judentums Tiefstes und Ureigenstes ist unzweifelhaft in der Erkenntnis beschlossen, daß es die Religion der tätigen und nicht der beschaulichen Gesinnung, des Handelns und nicht des Glaubens ist. Tatgebote und keine Glaubensgebote kennt die jüdische Lehre, und der wahren und echtwüchsigen jüdischen Religiosität Forderung und Ziel ist nicht Ansicht und Absicht, sondern fruchtbare, lebensgestaltende Wirkung. Der Gegensatz zwischen „Geistesreligion“ und „Gesetzesreligion“, von Verkleinerern und Entwertern der religiösen Geistesart des Judentums erdacht und häufig hervorgehoben, besteht tatsächlich; verkannt (bewußt und wohl auch nichtwissend) wird jedoch die wahre Wesensart dieser „Gesetzlichkeit“ und „Werkheiligkeit“, deren entscheidendes Schwergewicht nicht auf äußere, reinen Glaubensvorstellungen entspringende, auf das Übermenschliche gerichtete Übungen, sondern auf die Läuterung der Beziehungen zwischen Mensch und Mensch hinzielt. Wir lassen den Vorwurf der Gesetzlichkeit und Werkheiligkeit mit dem Bewußtsein auf uns ruhen, daß er, den Kern jüdischer Religiosität treffend, die ganze Wert- und Zukunftsfülle des Judentums offenbart. Freilich zugleich den ganzen Lebensunwert und die Lebensfremdheit und die Zukunftsarmut jenes abendländischen Christentums dartut, dessen „heiliger“ Geist sich in unheiligen Taten auswirkt, das gutes Handeln nicht grundsätzlich zur Erlösung heischt und dem daher auch die schlechte Tat nicht erlösungsfeindlich dünkt. Eine Staatsverfassung ist des Judentums Uroffenbarung („Die Thora sei die Verfassung des jüdischen Staates“ meint treffend Spinoza). Erbauungsbuch für das gläubige Gemüt ist das Evangelium. Die Selbstgenügsamkeit in Gott predigt der Christenglaube, die Göttlichkeit menschlichen Tuns heischt das Judentum. Der Christengemeinschaft höchste Sehnsucht und Erfüllung ist die Staatskirche, das Judentum will den Kirchenstaat.

Den Kirchenstaat der Gerechtigkeit, der das Reich Gottes auf Erden ist. In dieser Idealgemeinschaft wächst die Idee der Einheit Gottes zur Einheit des Menschengeschlechtes aus; aus der Idee der Menschheit wird die der Menschlichkeit geboren. Der Menschlichkeitsgedanke, in dem das antike Denken (in Spätstoa und Gnostizismus) gipfelt, ist dem jüdischen Geist Ausgangspunkt aller Weltbetrachtung und allen Weltgefühls. Diese menschheitliche Orientierung ist es, die dem Staats- und Gesellschaftsideal der Propheten Israels seine besondere Weihe und Kraft verleiht. Daß sie die soziale Gerechtigkeit erstrebten, daß sie die soziale Forderung in den Mittelpunkt des ethisch-religiösen Ideenkreises rückten, macht wohl ihre Größe, aber nicht ihre Einzigartigkeit aus. Das haben auch — mit durchgreifenderer Tatkraft, wohl auch mit vorübergehend größerem Erfolg — in gleichgearteten Gesellschaftszuständen Solon und die anderen hellenischen Sozialreformatoren getan. Die Griechen jedoch kannten die Nation — ihre Nation — als den höchsten sozialen Wert, und deren Begriff der (mit dem Staat identifizierten) Gesellschaft ging jede Bezogenheit auf das Allmenschliche, Ewigmenschliche ab. Daher die ganze Ungeschichtlichkeit ihrer Welt- und Lebensbetrachtung, daher das Fehlen dessen, was das tiefste und integrierendste Wesen von Ideal und Geschichte ausmacht: des Fortschrittsgedankens. Daß den Propheten die sittlich-soziale Forderung Menschheitsforderung, der Glaube an die Gerechtigkeit — an die Weltgerechtigkeit — Glaube an den sittlichen Fortschritt — den Weltfortschritt — war, bedeutet ihre Einzigartigkeit. Die Vermählung von Menschheits- und Volksidee schuf den höheren Menschlichkeitsbegriff und damit auch die Idee der Geschichte und des Fortschritts. Der Geschichte, die der Weg Gottes in der Welt ist, des Fortschritts, dessen Stufen uns Etappen, Meilensteine auf dem Wege zu Gott sind.

Das ist der „Gottesstaat“ des prophetischen Judentums. Dem Ideal des Gottesstaates war schon der jüdische Staat näher gekommen als jemals eine Gemeinschaft: er kannte keine Sklaverei (zumindest der eigenen Volksgenossen; allein auch dem seltenen kananitischen „Eved“ erging es in ihm sehr erträglich), keine Hörigkeit. Der judäische Bauer war freier Mann auf freier Scholle. Er verfiel freilich oft der Verschuldung und der ökonomischen Hörigkeit dem großstädtischen Handelsstand gegenüber, und die ganze Sozialreform der Propheten, die im Wesentlichen eine Reform des Schuldenrechtes ist, ist auf den Gegensatz zwischen dem Leihkapital und der freien Arbeit zugeschnitten. Was will aber dieser soziale Gegensatz im Vergleich mit dem zwischen Arbeit und müßigem Besitz, zwischen freien und unfreien Menschen bedeuten? Daß die Mehrzahl der Menschen des Ebenbildes Gottes entkleidet werden, damit eine winzige Gruppe einer Halbgötterexistenz frönen kann, ist nicht allein den Heiden Plato und Aristoteles sondern auch dem Christen Augustinus eine Selbstverständlichkeit. Dessen „Gottesstaat“ ist ja der Feudalstaat; der mit gewaltiger Emphase verkündete Gedanke der Gleichheit der Menschen vor Gott und der Freiheit in Gott verträgt sich bei ihm ausgezeichnet mit der Hörigkeitsverfassung. Es ist erstaunlich, wie sowohl dem heiligen Augustin wie Luther, den größten religiösen Genien der Christenheit, jedes tiefere soziale Gewissen abging. (Denn auch der Wittenberger Mönch be-

jaht die Hörigkeit; seine Haltung im Bauernaufstand spricht ja jeder wahren Religiosität Hohn.) Die Wirklichkeit des alten jüdischen Staates, die den Propheten so sehr mißfiel, übertraf ja beträchtlich das staatliche Ideal eines Plato und St. Augustin. Und sie mißfiel gar sehr Amos, dem Hirten von Tokea. und seinen Genossen, die das arbeitslose Einkommen überhaupt verdammten, den profitgierigen Handel haßten, jede Bedrückung und Ausbeutung aufhören lassen wollten. Der siebenjährige Schuldenerlaß und Zinsverbot waren radikale Heilmittel; sie waren jedoch unmöglich und verfingen auch kaum. Der Rückfall des veräußerten Bodenbesitzes im Jobeljahr war schon viel richtiger und wirksamer, ob aber diese Maßnahme Dauerwirkung hatte, ist zweifelhaft. Der judäische Staat wollte kein „Gottesstaat" werden. Und war in all seiner „Verworfenheit" doch unglaublich mehr und besser als des frommen afrikanischen Bischofs „civitas Dei" und als die „Politeia" Platos, des Göttlichen.

Der Geist sozialer Gerechtigkeit, im davidischen und hasmonäischen Staat in unübertroffener Reinheit verkörpert, überdauerte die staatliche und soziale Selbständigkeit. Die Gemeinschaft des versprengten und geknechteten Volkstums war wie keine andere von Recht und Gerechtigkeit erfüllt. Wohltätigkeit — die Pflicht und Schuld war; das hebräische „Zedaka" heißt: Gerechtigkeit — und soziale Fürsorge schufen in der jüdischen Disporagemeinschaft bereits im frühen Mittelalter ein weitverzweigtes System öffentlicher Wohlfahrtseinrichtungen, die in der christlich-europäischen Gesellschaft erst in den letzten Zeitläuften des vergangenen Jahrhunderts Gemeingut werden. Gerechtigkeit tun war und ist des Juden eigentlicher Gottesdienst. Nach Gerechtigkeit schreit die jüdische Seele, von Menschenliebe und unausrottbarem Haß gegen den Geist der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung ist sie von Anbeginn erfüllt. Daher ihre Verdammung, ihre Ächtung der alten Hellenen- und Römerwelt. Daher ihre Verdammung, ihre Ächtung der christlich-mittelalterlichen Welt. Daher ihre unstillbare Empörung und Auflehnung gegen die Lebensordnung einer neuen Zeit, in der Schollenhörigkeit von einer Lohnhörigkeit abgelöst wird. Ein durch die Jahrtausende schallender Wiederhall des alten Prophetenrufes nach Recht ist der Sozialismus; dem Schoße des Judenvolkes sind seine Kämpfer und Blutzeugen entsprungen, von Jesaias und Amos bis zu Marx und Lassalle und zum letzten jüdischen Jüngling und Mägdelein des Ostens, die in den Kasematten an der Newa schmachteten oder zum Ruhme der Gerechtigkeit freudig den Russengalgen bestiegen. Nur aus ihrem urjüdischen Lebensgefühl heraus sind die Schöpfer des deutschen Sozialismus zu begreifen. Der einer alten Rabbinerfamilie entsprossene, von einem „liberalen" klugrechnenden Vater im sechsten Lebensjahr dem vorteilhafteren Christengott zugeführte Karl war und blieb ja bis in die letzte Seelenfaser Jude, Nur-Jude. (Nur allzu schlecht verträgt sich der angebliche „Materialismus" mit dem allesbeherrschenden sittlichenEthos.) Bewußter, aufrechter war es Ferdinand Lasalle, der als Sechzehnjähriger in sein Tagebuch schreibt: „O, könnte ich mich an die Spitze meines Volkes stellen und es mit starker Hand in sein Land zurückführen." Er hätte ein Theodor Herzl werden können, wäre das Geschlecht würdig. Das Westjudenvolk seiner Tage heischte Speichellecker und keine Propheten, Katzenbuckler und keine Kämpfer, und so blieb er der Menschheit vorbehalten. Der Bedarf an Speichelleckern und Katzenbucklern ist noch im Westjudenvolk dieser Tage groß, diesem heutigen Westjudenvolk, das in seiner gründlichen Gottverlassenheit von seiner „göttlichen Mission" den Mund voll hat und besser deutsch zu sein glaubt, wenn es sein eigenes Volk verleugnet. Es ist vom wahren Deutschtum ebenso entfernt wie vom wahren Judentum. Es sind welke Blätter am Baume des Judentums, Eindringlinge im Tempel des Deutschtums, dem Judentum keine Ehre, dem Deutschtum kein Gewinn.

Dem Judentum eine Ehre und der Welt ein Gewinn ist das neue Judengeschlecht, das gleich den alten Propheten Israels die Erlösung der Menschheit von der Erlösung des Volkes erhofft. Die Idee des Sozialismus hat sich dem Zionsgedanken innig vermählt; im Banne dieser erhabenen Zweieinigkeit lebt und strebt heute die um sich, um Gott und um die Welt ringende Jugend dieses Volkes im kalten Osten des Russenreiches und im glühenden Ostland am Mittelmeerrand. Der dritte judäische Staat steigt in diesen Tagen aus der Esse der Geschichte hervor, der das Reich Gottes auf Erden werden soll.

Es scheint, als ob das Volk, das Gott offenbart hat, auch den Menschen offenbaren wird. Es scheint, als ob im Lande, in dem die Wiege Gottes stand, auch die Wiege der neuen Menschen stehen wird.

Die Judenfrage auf dem Friedenskongreß.

Haag, 24. Januar.

Dieser Tage hatte ich Gelegenheit, eine hervorragende jüdische Persönlichkeit zu sprechen, die soeben aus Paris kam und dort mit den führenden jüdischen Kreisen nähere Beziehungen unterhielt. Auf meine Frage, welche Aussichten die Judenfrage beim Friedenskongresse hätte, erhielt ich folgende Antwort:

Die Judenfrage umfaßt bekanntlich zwei Momente. Das Palästinaproblem und die Stellung der Juden in den Ostländern.

Was das Palästinaproblem betrifft, so sind sich alle Westmächte darüber einig, daß die eigentliche Palästinafrage nur auf dem Wege gelöst werden kann, daß den Juden dortselbst weitgehende autonome Rechte gewährt werden. Wenn die Frage noch zu Verhandlungen und Erörterungen Anlaß geben dürfte, so wird es sich in erster Linie um die Form handeln, mittels welcher die Sache einer Regelung zugeführt werden sollte. Nur wäre es gefehlt, leugnen zu wollen, daß auch da große Schwierigkeiten vorhanden sind. Frankreich macht sehr energisch seine angeblichen „Rechte" geltend und da es bekanntlich unter den Alliierten nicht an vielfachen Differenzen fehlt, so könnte der Friedensvertrag nur im Wege mannigfacher und gegenseitiger Konzessionen und Kompensationen zustandekommen. Es ist deswegen zu befürchten, daß sich England und Amerika gezwungen sehen könnten, Frankreich in der Palästinasache einige Konzessionen zu gewähren, um dessen Entgegenkommen hinsichtlich anderer Fragen zu erwirken. Käme es dazu, das heißt, gelingt es Frankreich, seinen Willen durchzusetzen und eine Zweiteilung des Landes zwischen England und Frankreich zu erreichen, so wäre dies für die jüdische Sache ein schwerer Schlag. Nicht bloß wäre es dann unmöglich, die Rechte der Juden entsprechend festzulegen, sondern die Ge-

fahr läge auch darin, daß es später fortgesetzt zu einer Rivalität zwischen England und Frankreich kommen dürfte und die Juden hiebei arg in Mitleidenschaft gezogen werden müßten.

In den Kreisen der Alliierten gibt man sich keiner Täuschung über die Schwierigkeiten hin, die die Lösung des türkischen Problems bereiten müßte und es ist nur begreiflich, daß man einen Ausweg sucht, um einen Konflikt zu verhüten. Dieser Ausweg soll zunächst darin bestehen, daß man die definitive Entscheidung über das Schicksal der ehemals türkischen Gebiete (Mesopotamien, Syrien und Palästina) der Ingerenz der Friedenskonferenz enziehen und dem zu bildenden Völkerbunde überlassen will. Eine diesbezügliche Nachricht machte auch jüngst die Runde durch die Presse. Ob dies für die Juden einen Vorteil oder einen Nachteil bedeuten würde, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Immerhin werden die Juden tun gut, die Sache nicht aus dem Auge zu lassen, um unangenehme Überraschungen zu verhüten.

Viel komplizierter stellt sich die Sache hinsichtlich der Ostjudenfrage dar. Die Lösung der Ostfragen an und für sich bildet für die Friedenskonferenz die härteste Nuß, die sie zu knacken haben wird. Heute ist man sich noch nicht darüber klar, in welcher Weise es gelingen könnte, dieses Problem zur allseitigen Zufriedenheit zu bereinigen. Mit Rußland wissen sich die Westmächte gar keinen Rat und auch die südslavische, die rumänische, die polnische und die ukrainische Frage bieten große Schwierigkeiten. Ob es möglich sein wird, angesichts dieser allgemeinen Komplikationen die Ostjudenfrage auf den richtigen Leisten zu setzen, ist sehr fraglich. Die Sache ist um so komplizierter, als bekanntlich sowohl die Polen, als auch die Rumänen — die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Faktoren — sich alle Mühe geben, um eine positive Stellungnahme der Friedenskonferenz zur Judenfrage in ihren Staaten zu hintertreiben. Sie sind jetzt sehr freigebig mit Versprechungen, um es nur nicht dazu kommen zu lassen, daß auswärtige Faktoren sich eine Ingerenz auf die Gestaltung ihrer innerpolitischen Verhältnisse sichern. Deswegen wird man trotz aller Erwartungen und Hoffnungen gut tun, sich keinen Illusionen hinzugeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man auch diese Angelegenheit der Kompetenz des Völkerbundes zuweisen wird. Dann wird es aber darauf ankommen, ob und wann, respektive in welcher Form dieser Bund eben ins Leben treten dürfte. I. G.

Die jüdischen Forderungen auf dem Sozialistenkongreß.

Aus Bern wird vom 8. Februar telegraphiert: Im Verlauf der heutigen Nachmittagssitzung stellte Berl Locker (vom Verbandsbüro der allweltlichen jüdisch-sozialistischen Partei „Poale-Zion" Stockholm) die Forderungen der jüdischen Sozialisten dar. Er stellte den Antrag auf Fassung folgenden Beschlusses:

Die Konferenz anerkennt den internationalen Charakter der Judenfrage und fordert in Anwendung der allgemeinen Grundsätze des Selbstbestimmungsrechtes ihre Regelung auf folgender Grundlage:

1. Völlige bürgerliche Gleichberechtigung in allen Ländern und internationalen Schutz gegen physische Verfolgung und wirtschaftliche Bedrückung.
2. Freiheit der Einwanderung und Ansiedlung in allen Ländern.
3. Nationale Selbstverwaltung und nationale Gleichberechtigung in allen Ländern.
4. Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina unter dem Schutze des Völkerbundes.

Die Konferenz gibt der tiefsten Empörung gegen die in den letzten Monaten stattgefundenen entsetzlichen Pogrome Ausdruck und fordert die Arbeiterklasse auf, gegen die Äußerungen des Antisemitismus und Chauvinismus anzukämpfen.

Endlich fordert der Antrag die Regelung der Judenfrage in Rumänien auf der Grundlage der sofortigen uneingeschränkten ausnahmslosen Naturalisierung aller Juden in Rumänien.

Am Mittwoch, den 5. Februar, sprach Locker, der zugleich Mitglied der vom Kongresse eingesetzten „Nationalitätenkommission" ist, unter großer Aufmerksamkeit des gesamten Kongresses bei der Völkerbund-Debatte für einen Gerichtshof, der nationale Angelegenheiten behandeln soll, und begründete dann weiterhin die jüdischen Forderungen.

Rudolph Cohn aus Prag, ebenfalls ein Delegierter der Poale-Zion, verlas dann den gemeinsamen Antrag der Poale Zion und der Armenier auf Schaffung eines Nationalitätengerichtshofs. Der Kongreß nahm im Rahmen seiner Völkerbundsresolution den Antrag Huysmans an, wonach der Völkerbund den nationalen Minderheiten ein Minimum von Rechten garantieren müsse, wobei ausdrücklich der Antrag der Poale-Zion als Kommentar bezeichnet wurde, das im Protokoll mit zu veröffentlichen ist. Die jüdischen Palästinaforderungen werden in einer späteren Sitzung behandelt werden.

Wahlen zum „Sejm" in Polen.

Sonntag, den 26. Januar, fanden in Polen und Westgalizien — in Ostgalizien ist wegen der Kämpfe mit den Ukrainern vorläufig die Wahl verschoben — Wahlen zum konstituierenden Landtag statt. Trotz raffiniertester Wahlkreisgeometrie und unglaublicher Schikanierung der jüdischen Wähler — so wird den Juden an sehr vielen Orten das Stimmrecht vorenthalten, weil sie durch ihre Bekennung zur jüdischen Nationalität angeblich Ausländer geworden sind — haben die Juden Chancen 10—20 Kandidaten durchzubringen.

Leider bekämpften sich die verschiedenen jüdischen Parteien ungemein heftig, was bei dem in Polen und Galizien eingeführten Verhältnis-Wahlrecht zu großer Zersplitterung der Stimmen und zum Verluste vieler jüdischer Mandate führen muß. Es gibt z. B. in einzelnen jüdischen Städten mehr jüdische Kandidatenlisten als christliche. Fast überall haben die Zionisten, Poale-Zionisten, jüdischen Sozialisten, Volksparteiler und Orthodoxen besondere Listen aufgestellt. Obwohl Koppelung der Listen gestattet ist, konnten sich die verschiedenen jüdischen Parteien in den meisten Orten auch dazu nicht entschließen. Es erweckt beinahe den Anschein, daß verschiedene Parteien es vorzögen, daß ein Pole gewählt würde, als ein, einer anderen jüdischen Partei angehörender Jude.

Aus Wien wird ergänzend gemeldet: In Krakau wurde von den Zionisten Dr. Osias Thon, in Warschau Nomberg und Hirschhorn von der Jüdischen Volkspartei und Grünbaum von den Zionisten, in Tarnow der Zionist Dr. Ing. Schipper in den polnischen Sejm gewählt. Polen ist gegenwär-

tig von jedem Verkehr abgeschnitten. Man erfährt nur, daß angeblich 40 Regierungsmandate und 80 sozialdemokratische Mandate durchgegangen sind. Die Ziffern erscheinen unwahrscheinlich; man muß annehmen, daß die Regierung den wahren Ausgang der Wahlen verheimlicht.

Über die Ergebnise der Wahlen in Polen wird ferner aus Berlin gedrahtet: Die ersten Ergebnisse der Wahlen zur polnischen Konstituante werden jetzt bekannt. Hienach wurden vorläufig 8 Juden gewählt. Die Vertreter der Assimilanten sowie der „Agudas haorthodoxim" wurden nicht gewählt. Unter den Gewählten ist der Zionist Rabbiner Dr. Osias Thon in Krakau mit 12 000 Stimmen gegen den früheren Abgeordneten Dr. Groß, der nur 2000 Stimmen erhielt. In Warschau wurde der zionistische Führer, Rechtsanwalt Grünbaum sowie 2 Volkisten gewählt. In Lodz wurde der Zionist Dr. Rosenblatt gewählt.

* *

Nach einer in letzter Stunde uns zugehenden Meldung über die Wahlergebnisse in Polen wurden insgesamt 14 Juden in den polnischen Landtag gewählt.

Parteitag der „Poale Zion" in Polen.

Ende vorigen Jahres wurde in Warschau der erste öffentliche Parteitag der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Poale Zion) abgehalten. Anwesend waren 150 Delegierte aus 91 Städten, eine Delegation der Poale Zion in Westgalizien, Vertreter des Bureaus des allweltlichen Verbandes der Poale Zion, der Bruderparteien in Rußland, Österreich und Deutschland, sowie eine überaus große Zahl von Gästen aus Polen und dem Auslande.

Die Eröffnungsrede hielt Herr Reichmann, der darauf hinwies, daß die derzeitigen politischen Verhältnisse die Einberufung des Parteitages dringend nötig gemacht haben. Hierauf wurden die Herren Reichmann-Warschau, Pinchas-Lodz und Weintraub-Radom ins Präsidium gewählt; zur Teilnahme aufgefordert wurden die Herren Serubabel-Kiew, Dr. Ing. Schipper-Krakau und S. Rubaschow-Berlin.

Hierauf erstattete Herr Heiskind den Bericht der Parteileitung für die Zeit vom September 1917 bis Dezember 1918. Der Bericht zeigte, unter wie schweren Bedingungen die Arbeit der Partei geleistet werden mußte, wie sich die Okkupationsbehörden mit ihren Verfolgungen, Verhaftungen, Requisitionen und Schikanen als die getreue Nachfolgerschaft des Zarismus erwiesen hätten. Unter diesen Umständen sei die Partei gezwungen gewesen, eine illegale Tätigkeit auszuüben, illegale Versammlungen abzuhalten und infolge des Presseverbotes eine große Zahl von illegalen Flugschriften und Aufrufen zu verbreiten. Wie gefährlich diese Arbeit gewesen sei, bewiesen wohl am besten die folgenden Ziffern: In der Berichtsperiode wurden 101 Parteimitglieder mit 83 Monaten Gefängnis bestraft, die Geldstrafen betrugen 10 000 Mark, 20 Arbeiterheime wurden aufgelöst, 70 Ansuchen zur Eröffnung von Arbeiterheimen wurden nicht erledigt. Wenn der Bericht nach all diesen Verfolgungen darauf hinweisen könne, daß die Partei jetzt über 150 Organisationen mit 12 000 Parteimitgliedern und einem Jahresbudget von ca. 100 000 Mark verfüge, so sei damit wohl zur Genüge die Lebensfähigkeit und Aktivität dieser Bewegung erwiesen. Nach Abzug der Okkupationstruppen habe man sofort mit der Ausgabe der dreimal wöchentlich erscheinenden „Arbeiter-Zeitung" angefangen, und in vielen Städten Selbstschutz-Organisationen gegen die Pogromgefahr gegründet. An den Wahlen zu den Arbeiterräten nehme die Partei mit großem Erfolge gegenüber anderen jüdischen Parteien einen sehr regen Anteil.

Nach einer kurzen Debatte wurde einstimmig das Ausscheiden aus dem russischen Verbande und die Vereinigung mit der westgalizischen Organisation zu einer gemeinsamen Partei beschlossen.

Über die politische Lage referierte Herr Jahrblum-Warschau, über die Aufgaben der Arbeiter-Räte Herr Pinchas-Lodz.

Ein großes Interesse erregten auch die Referate von S. Rubaschow, Jahrblum und Serubabel über die Arbeit der Partei für Palästina.

Über die allweltliche Poale Zion-Konferenz und den allweltlichen Arbeiter-Kongreß referierte Serubabel. Nach diesem Referat wurde das Verbandsbureau aufgefordert, in den nächsten Monaten eine allweltliche Poale - Zion - Konferenz einzuberufen, sowie die Arbeit zur Einberufung eines interparteiischen allweltlichen jüdischen Arbeiter-Kongresses energisch fortzusetzen.

Die Juden in Polen unter dem Terror.

Aus Warschau wird gedrahtet: Die Juden sind dem Terror ausgeliefert. In allen Teilen Polens sind sie den Angriffen des Pöbels und der gewalttätigen Ausplünderung durch die Soldaten ausgesetzt. Es ist gefährlich, das jüdische Nalewkiviertel in Warschau nachts zu passieren, da das Schießen der Soldaten kein Ende nimmt. Unter dem Vorwande, Waffen zu suchen, dringen die Legionäre in jüdische Behausungen ein und entwenden Waren und Geld. Juden, die die Przejazdstraße passieren, werden oft von den Soldaten in die Baracken gezogen; sie befreien sich nur durch ein Lösegeld. In Lemberg sind die Juden fortwährend Hausuntersuchungen, Angriffen, Plünderungen und Zwangsarbeit bei den Schanzen ausgesetzt. In Wloclawek wurden brutale Exzesse auf die Juden vom 5. bis zum 8. Januar organisiert. In Radzejew wurden die Juden gezwungen, dem Militärkommandanten 50 000 Mark zu zahlen; der Vorwand lautete, die Juden hätten nachts auf die polnischen Soldaten geschossen. Ein bekannter Zionist, Dr. Rosenberger, der Vorsitzende des Jüdischen Nationalrates in Jaroslaw, wurde am 16. Dezember auf militärischen Befehl verhaftet, am 5. Januar in der Nähe von Krakau interniert, angeblich wegen politischer Gründe. In Jaworzno wurden alle neun jüdischen Mitglieder des Stadtrates gezwungen, ihr Amt niederzulegen. In Tarnow finden in der Nähe des Bahnhofes fortwährend Angriffe auf vorübergehende Juden statt. Es wurden bei den Behörden in Warschau und Krakau wiederholt Vorstellungen erhoben. Es wurden beschwichtigende Erklärungen abgegeben, aber der Terror dauert an. Die Äußerungen der Zentralbehörden bleiben den örtlichen Behörden unbekannt, diese ermutigen die Feindseligkeiten der Bevölkerung. Angesichts der unzureichenden Verwaltung und der Ohnmacht und zeitweiligen Gesetzlosigkeit in Westgalizien, der heftigen Kämpfe in Ostgalizien und der allgemeinen Unsicherheit wäre es eine gebieterische Notwendigkeit, daß britische

oder amerikanische Truppen Leben und Eigentum der Juden schützen, da andernfalls die Juden das Schlimmste zu gewärtigen hätten.

Der Aufbruch nach Palästina.

Das Kopenhagener Zionistische Bureau erhielt vom Londoner Zionistischen Bureau ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Die zionistischen Organisationen müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Einwanderung nach Palästina nicht unternommen werden kann, bevor seitens des Londoner Bureaus eine entsprechende Benachrichtigung erfolgt. Für Personen, welche vor einer solchen Benachrichtigung abreisen, kann eine Verantwortung nicht übernommen werden. Gez. Weizmann, Jacobson."

Das Telegramm der Herren Prof. Weizmann und Dr. Jacobson bestätigt seitens der Londoner Organisationsleitung die Auffassung, daß die Einwanderung nach Palästina nur nach einem einheitlichen Plan erfolgen darf, der mit allen politischen Sicherungen und den wirtschaftlichen Bedingungen und Notwendigkeiten rechnet. Diese systematische Einwanderung ist die unseren nationalen Zielen entsprechende, und für sie allein kann die zionistische Organisation die Verantwortung übernehmen.

Ludwig Geiger gestorben.

Ludwig Geiger ist tot. Wir würden uns einer — nach jüdischem Grundsatz auch einem Toten gegenüber unstatthaften — Unaufrichtigkeit schuldig machen, wollten wir sagen, daß diese Nachricht in der jüdischen Welt ein Gefühl der Trauer auslösen wird. Ludwig Geiger gehörte zu den, auch in den weiten Kreisen derer, die ihr Volkstum verleugnen, sicherlich nicht allzu Zahlreichen, die bewußt auf den Untergang des Judentums hinarbeiteten. Er hat diese Gesinnung während eines langen einflußreichen Lebens in Schrift und Wort und als Führer in der ersten jüdischen Gemeinde Deutschlands auch in Tat bekundet. Von zwerghaft kleinlicher, jeder freieren und tieferen Auffassung der Dinge unzugänglicher Geistesart — damit ist die menschliche und wissenschaftliche Bedeutung des Mannes gekennzeichnet — hat er diese mit Selbstbewußtsein gepaarte seelische und intellektuelle Unzulänglichkeit auch in jüdischen Dingen verhängnisvoll bewährt. Eine seiner letzten Geistesoffenbarungen war die im Hinblick auf die Forderung gleichen Gemeindewahlrechtes geäußerte Ansicht, die Besitzenden seien auch die geistig und sittlich Wertvolleren. Seine schwerste, seinen Lebensabend umdüsternde Sorge war die siegreiche Durchsetzung des zionistischen Gedankens; mit Grauen erfüllte Abraham Geigers würdelosen Sproß die Verheißung neuer jüdischer Staatlichkeit. Sein Leben war ein fortgesetzter täglich sich erneuernder Verrat an seinem Volk.

Aus der jüdischen Welt

Schweiz.

Konferenz jüdischer Nationalräte in der Schweiz. Das „Jüdische Korrespondenzbureau Zürich" teilt mit: Gegen den 20. Februar treten in der Schweiz Vertreter der jüdischen Nationalräte, die sich überall in den Ländern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, in Polen, Rußland und in der Ukraine gebildet haben, zusammen. Es soll eine gemeinsame Repräsentanz der national organisierten Judenheit geschaffen werden und ein Programm der nationalen Forderungen auf der Grundlage der drei Punkte des Manifestes des Kopenhagener Zionistischen Bureaus ausgearbeitet werden. Diese Vertretung soll aus ihrer Mitte eine kleine Delegation wählen, die die beschlossenen Forderungen vor der Friedenskonferenz vertritt. Aus der großen Zahl der uns bereits bekannten Delegierten seien die folgenden genannt: Oberrabbiner Chajes, Dr. Thon, Dr. Straucher, Leo Hermann, Berthold Feiwel, Ussischkin, Achad Haam, Rabbiner Abramson, Kreinin, Grusenberg.

Weltkonferenz der gesetzestreuen Judenheit. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben zu der internationalen Konferenz aller gesetzestreuen jüdischen Verbände, die durch das Zentralbureau der Agudas Jisroel für den 18. Februar nach Zürich einberufen wurde, bisher etwa 75 Delegierte, die elf verschiedene Länder vertreten, ihr Erscheinen angekündigt. Die gesetzestreuen Rabbinerverbände von Deutschland, Galizien und der Bukowina, Holland, Polen, Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika entsenden Delegierte zu dieser Konferenz.

Die Konferenz wird sich mit all den durch die Neugestaltung der politischen Verhältnisse aufgeworfenen Fragen beschäftigen, die eine Lösung im Sinne der vom Thora-Judentum vertretenen Forderungen verlangen. Die Palästinafrage nimmt unter den Programmpunkten selbstverständlich eine wesentliche Rolle ein.

Polen.

Bericht aus Warschau. Beim Empfang des Komitees der zionistischen Organisation in Polen durch die amerikanische politische Kommission schilderte Herr Farbstein ausführlich die tragische Lage der Juden in Polen. Die Juden müssen deshalb vor allem diejenigen elementaren bürgerlichen Rechte verlangen, die jeder Staat seinen Bürgern ohne Unterschied der Religion und der Nationalität gewähren muß. Um Reibungen mit der polnischen Gesellschaft zu vermeiden, verlangen die drei Millionen Juden in Polen nationale Minoritätsrechte. Farbstein legte genau dar, was die polnischen Juden unter diesen Minoritätsrechten verstehen und erläuterte, weshalb bürgerliche Gleichberechtigung allein ihnen nicht genügen kann. Er bewies auch wie grundlos die Behauptung der Polen von einer Gefahr des „Staates im Staate" sei. Die Juden wollen loyale Staatsbürger sein, bei vollständiger Erhaltung ihrer eigenen Nationalität. Die Mitglieder der Kommission folgten aufmerksam den Ausführungen Farbsteins und erkundigten sich, ob ein friedliches Zusammen-

Höchstpreise für Mazzos.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat in Abänderung der Bestimmungen Absatz II Ziff. 3 der Grundsätze im Hinblick auf die in den letzten Monaten stark gesteigerten Selbstkosten die Höchstpreise für Mazzos bei Abgabe an die **Verbraucher** wie folgt festgesetzt:

für 1 Pfund Mazzos 95 Pfg.
für 1 Pfund gem. Mazzos 1.10 M.

Die Bestimmungen über Verpackung und Lieferung bleiben unverändert.

Zentrale für Mazzosversorgung G. m. b. H.

leben zwischen Polen und Juden möglich sei. Farbstein bejahte dies; nötig ist nur etwas guter Wille seitens der polnischen Gesellschaft.

Die hier weilende amerikanische Friedenskommission lud das Zentralkomitee der Zionistischen Organisation Polens zu einer gemeinsamen Sitzung ein, zwecks Besprechung der mit der Zukunft der Juden in Polen zusammenhängenden Fragen.

Laut „Jüdisches Korrespondenzbureau" Zürich werden in vielen Städten Polens jüdische Schüler wegen ihrer Anteilnahme an Trauerandachten für die Pogromopfer aus den Schulen relegiert. Aus einer Schule wurden 70 Schülerinnen entfernt.

Auf telegraphische Aufforderung des Zionistischen Aktionskomitees zur Bestimmung von Delegierten zur Londoner Konferenz begeben sich aus Polen die Herren Podlischewski, Grünbaum, Lewite und Farbstein nach London. Aus Galizien sollen die Herren Dr. Hausmann, Dr. Reich, Dr. Ringel, A. Stand, Dr. Syrop, Dr. Thon, Dr. Waldmann und Tropp delegiert werden.

„Das Jüdische Volk" berichtet, daß ein Teil der Assimilanten an den Kultusminister eine Petition überreicht hat, in der die Schaffung einer besonderen Gemeinde der jüdischen Assimilanten gefordert wird. Sie betonen, daß die Polen mosaischer Konfession nicht mehr zu einer Gemeinde mit national-jüdischer Majorität gehören können. U. a. haben dies Gesuch der frühere Kultuspräsident Bergson und Wislicki unterschrieben. Wie versichert wird, verhält sich das Ministerium sehr reserviert.

Ukraine.

Ministerium für jüdische Angelegenheiten. Der Delegierte der neuen ukrainischen Regierung bei der Pariser Friedenskonferenz Dr. Hankiewicz hat einem Mitarbeiter der „Jüdischen Morgenpost" u. a. erklärt: Bald nach ihrem Sieg hat die neue Regierung wieder ein Ministerium für jüdische Angelegenheiten errichtet, dagegen gibt es kein Ministerium für russische Angelegenheiten, dies deshalb, weil die Juden von der Regierung ebenso wie die Ukrainer als bodenständiges staatserhaltendes Element betrachtet werden. — Außer dem Poale-Zionisten Rewutzki, der Minister für jüdische Angelegenheiten ist, wurde auch der Poale-Zionist Goldelmann zum Arbeitsminister der neuen ukrainischen Republik ernannt.

England.

Londoner Konferenz. Das Mitglied des E.A.C. Dr. Schmarja Levin ist, aus Amerika kommend, in London eingetroffen. Louis de Brandeis und Dr. Ruppin haben ihre Anteilnahme an der Londoner Konferenz angezeigt.

Amerika.

Kongreß jüdischer Arbeiter in New York. Aus New York wird geschrieben: Am 20. Januar fand in New York ein Kongreß der jüdischen Arbeiter statt, auf welchem die Frage der Heimkehr nach Palästina behandelt wurde. Wahrscheinlich wird ein großer Teil der nach Amerika eingewanderten Juden polnischen, russischen und österreichischen Ursprungs nach Palästina auswandern. Die in den Vereinigten Staaten verbleibenden jüdischen Arbeiter sind übereingekommen, ein Prozent ihrer Löhne zugunsten der Auswandernden und ihrer Stammesgenossen in Polen und Rußland abzutreten. Palästina solle eine Republik nach dem Muster der amerikanischen werden.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

München. Im Rahmen einer am Sonntag, den 8. Februar von der Zionistischen Ortsgruppe München veranstalteten öffentlichen Versammlung sprach Herr Georg Kareski-Berlin über „Das jüdische Volk vor dem Friedenskongreß". In klar durchdachten und wirkungsvollen Ausführungen verstand es der Redner, ein klares und umfassendes Bild von der Art der Forderungen, von den sie vertretenden Kreisen im Gesamtjudentum und in der allgemeinen politischen Welt und den Verwirklichungsaussichten zu entwerfen. In packender Weise behandelte der Redner die Stellung des deutschen Judentums zum nationalen Forderungsprogramm. An den vom überaus zahlreich erschienenen Publikum mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine kurze Debatte, in der bezeichnenderweise von gegnerischer Seite nicht einmal ein ernster Versuch der Entgegnung unternommen wurde.

Gleiche Veranstaltungen, in denen Herr Kareski mit großem Erfolg über die jüdischen Forderungen auf dem Friedenskongreß sprach, haben auch in Augsburg und Regensburg stattgefunden. Nähere Berichte bringen wir in der nächsten Nummer.

Nürnberg. Im Herbst vorigen Jahres wurde hier der Herzl-Club Nürnberg gegründet. Seine Entstehung entsprang dem Bedürfnis, weitere Kreise der Nürnberger Jugend über den Zionismus zu orientieren, und in ihr die zionistischen Ideen zu festigen, da gerade hier über unsere Ziele noch große Unkenntnis herrscht. Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Dr. Katz gewählt, 2. Vorsitzende ist Fräulein Recha Ellern. Wir kommen alle zwei Wochen zu einem Club-Abend zusammen, an dem ein Kapitel aus der jüdischen Literatur gelesen wird oder einer der Mitglieder über ein zionistisches Thema referiert. Dabei ist nicht nur Zionisten, sondern auch denjenigen, die sich noch nicht entschieden haben, freies Wort gewährt. Besonderen Beifall fand ein Vortrag von Herrn Tachauer über seine Erlebnisse in Palästina und ein Referat des Herrn Bernstein der über „Zionismus und wir" sprach. Der Herzl-Club hat auch einen hebräischen Kurs eingerichtet, den Herr Tachauer leitet. Wir haben bisher etwa 40 Mitglieder und hoffen, daß sich ihre Zahl in Kurzem noch bedeutend vermehren wird. Jeder, der für unsere Bestrebung Interesse hat, ist uns herzlich willkommen. Auskunft erteilt gern: Herr Dr. Katz, Frommenstr. 19.

A. M.

Stuttgart. Am 28. Januar veranstaltete die Stuttgarter Israelitische Gemeinde im großen Stadtgartensaal eine große Gemeindeversammlung. Den Vorsitz führte Herr Oberkirchenrat Rabbiner Dr. Kroner. Zweck der Versammlung war, Stellung zu nehmen zur Trennung von Kirche und Staat und zur zukünftigen Gestaltung der jüdischen Gemeinde in Stuttgart. Dr. Gunzenhauser und Dr. Lepmann erstatteten ausführliche Referate, die hauptsächlich vergleichende Daten brachten. — In der Diskussion legte Herr Lichtinger die Forderungen der Zionisten über Umgestaltung der Gemeinden in Volksgemeinden dar; er wurde jedoch von einem Teil der Nichtzionisten mehrmals unterbrochen, während ein großer Teil der Versammlung verlangte, den Redner weiter sprechen zu lassen. Es entstand allmählich eine derartige Unruhe, daß es Herrn Lichtinger nicht möglich war, weiterzureden. Als nächster Redner sprach Herr Horowitz, welcher die Gemeinde unter Hinweis auf die ausgeschriebenen undemokratischen Wahlen aufforderte, zuerst im Innern reinen Tisch zu machen und dann erst mit Forderungen der Parität der jüdischen Kirche mit den christlichen an die Öffentlichkeit zu treten. Als in der weiteren Debatte Herr Dr. Cäsar Hirsch betonte, daß Leute, die „nicht einmal richtig deutsch, geschweige denn schwäbisch" sprechen könnten, kein Recht hätten, hier in der deutschen Gemeinde zu sprechen (Lichtinger und Horowitz), entstand ein Entrüstungssturm, der kein Ende zu nehmen schien. Erst als die weiteren Redner, insbesondere Herr Rechtsrat Hirsch, S. Preßburger und die beiden Referenten betonten, daß es unwürdig sei, gegenteilige Ansichten nicht zu Worte kommen zu lassen und man den Zionismus mit geistigen Waffen bekämpfen müsse, wenn man verschiedene Ansichten habe, kam die Versammlung wieder in ruhige Bahnen. Herr Sally Preßburger sprach sodann als Vertreter der zionistischen Jugend, und betonte, daß sich das Judentum 1900 Jahre trotz des Staates und gegen den Staat erhalten habe. Wenn aus der Trennung von Kirche und Staat für das Westjudentum der Zerfall befürchtet werde, so gelte auch hier das allgemeine Naturgesetz: „Nur Faules stirbt ab". Sei das Westjudentum bensfähig, so bedürfe es keiner künstlichen Stützen. In den Schlußworten erwiderten die Referenten auf verschiedene Einwände. Herr S. Preßburger forderte die Zionisten auf, die Resolution anzunehmen, um die Einigkeit in der Gemeinde zu bewahren und weil sie nur Gleichstellung verlange. Die Resolution wurde sodann gegen ganz vereinzelte Stimmen angenommen. — Erfreulich war, daß von verschiedenen Seiten, auch von Herrn Rabbiner Dr. Kroner, betont wurde, daß die zu wählenden Gemeinderatsmitglieder ihre Aufgabe darin sehen müßten, sofort ein neues Wahlrecht auszuarbeiten, und neue Wahlen auszuschreiben.

Mazzos und Konserven für Pessach. Wie uns die Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums, E. V., Frankfurt a. M., mitteilt, ist sie bereit, an kriegsgefangene jüdische Heeresangehörige Mazzos und Konserven zum bevorstehenden Pessachfeste zu versenden. Wegen der Bedingungen wolle man sich unmittelbar an das Büro der Freien Vereinigung, Frankfurt a. M., Schützenstraße 14, wenden.

Münchner Spendenausweis. Nationalfonds: Henny u. Jak. Reich grat. Siegfr. Gerson u. Frau herzl. zum Sohn 2.—, Familie Monheit grat. Marlé u. Frau zum Söhnchen 2.—, Tina Kohn grat. Mich. Mahler u. Frl. Fleischer z. Verlob. 1.—, Überschuß aus d. Ölbaumspende Mosche Kohn 1.—, Dr. Elias Straus grat. Siegfr. Gerson u. Frau z. Geburt d. Sohnes 2.—, R.-A. Dr. L. Ambrunn grat. Arn. Marlé 3.—, ders. grat. S. Gerson 3.—. El. Mahler bittet den unbek. Spender d. viel. Ausg. lieber d. N.-F. zuzuwenden 2.—, S. Gerson anl. d. Geb. s. Söhnchens Herbert 10.—.

Heinrich Schwab s. A.-Garten: A. Diamant anl. d. Genes. s. Schwiegertocht. Jenny Diamant, Dresden 18 B., M. Kohn anl. s. 50. Geburtstags 4 B., M. Schneuer grat. M. Kohn zum 50. Geburtstag 1 B. = 138.—.

Dr. Ant. Goldscheider s. A.-Garten: R.-A. Dr. L. Ambrunn d. And. s. l. Freundes Dr. Albert Theilhaber z. 2. Todestag 2 B., die b. d. Generalversammlg. anw. V. J. St'er sowie 2 Mitgl. d. zion. Ortsgr. spenden El. Mahler f. tüchtige N.-F.-Tätigkeit 3 B. = 30.—.

Lisl Koronczyk s. A.-Gart.: M. Fleischer spend. d. fleiß. N.-F.-Sammler S. Orljansky 1 B., bei d. Hochzeit Schnur-Nasilowicz auf Veranlass. v. Jak. Koronczyk bei d. Gästen gesammelt 6 B. = 42.—. (Aus gl. Anlaß wurd. auf Veranl. v. H. Sturm u. Gidalewitsch 32.— für d. Gesamtausschuß d. Ostjuden, 81.— für die Talmud-Thora und 110.— für die Chalukka gesammelt.)

Gold. Buch Blau-Weiß München: Prakt. Hermann Mahler, Gut Häusern, Post Röhrmoos b. Dachau, grüßt alle Freunde u. Bekannten 2.—.

Gold. Buch Georg Orljansky sel. Ang. München. Gesammelt bei d. Verlobung Faktorowitsch-Trost durch Selig Orljansky 70.—, Max Fleischer und Frau danken Frau Dora Orljansky für ihre liebenswürdige Hilfe 5.—, Jos. Orljansky dem Andenken s. unverg. Bruders 10.—.

Gold. Buch Michel Mahler—Dora Fleischer. Frau Rosa Buchaster grat. zur Verlobung Mahler-Fleischer 5.—, Jüd. Turn- und Sport-Verein desgl. 5.—, Geschwister Fleischer anl. d. Verlob. ihrer Schwester Dora 10.—, Max Fleischer u. Frau anl. ihrer silb. Hochzeit 20.—, dieselb. anl. d. Verlob. ihrer Tochter 10.—, dieselb.

danken allen Freunden u. Bekannten f. d. Aufmerksamkeiten anl. d. beiden Feste 5.—, Bernhard Schapira grat. z. Verlob. Mahler-Fleischer 2.—, desgl. z. Verlob. Jolles-Saposchnik 2.—, Leopold Fleischer anl. d. silb. Hochzeit seiner Eltern 2.—, Familie E. Gutter grat. herzl. z. Verlob. 2.—, Alfr. Berliner gratuliert Familie Mahler 3.—.

Jüdischer Turn- und Sportverein München. Die geplante Begrüßungsfeier für unsere vom Felde zurückgekehrten Mitglieder fällt infolge in letzter Stunde sich ergebenden Platzschwierigkeiten aus. Dagegen findet Samstag, den 15. Februar 1919, im Paulanerbräu punkt 7 Uhr eine Kneipe mit anschließendem Tanz statt, die infolge des obenerwähnten Platzmangels nur von Mitgliedern besucht werden kann.

Die Begrüßungsfeier findet bei sich nächstbietender Gelegenheit in geplanter Weise statt.

Der Turnrat.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein Nürnberg. Die seit Anfang 1915 infolge Einrückung sämtlicher männlicher Mitglieder suspendiert gewesene Männerriege hatte Anfangs Dezember v. J. wieder ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Turnstunden beider Riegen finden jetzt in der Turnhalle, Findelgasse, statt und zwar Damenabteilung Dienstag 6.30 bis 7.30 Uhr und Herrenabteilung Dienstag 8 bis 9 Uhr. Anmeldungen werden dortselbst und bei sämtlichen Mitgliedern angenommen. Der erste Heimabend findet am Mittwoch, den 19. Februar abends 7 Uhr im Nebenzimmer des „Krokodil", Karlstraße, statt.

Jüdischer Wanderbund Nürnberg. Sonntag, den 16. Febr. Buben. 1. Zug: 7.45 Uhr Prinzregentendenkmal, Abfahrt 8.06 Uhr Schweig—Brunn—Feucht. 2. Zug: 2 Uhr Endstation Linie 8 Südfriedhof—Zollhaus. Mädels: Fahrt ins Blaue. Bei Rodelwetter werden die Fahrten geändert.

Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß München. Sonntag, den 16. Februar. 1. Zug: Isartal 8.30 Uhr Ostfriedhof. 50 Pfg.; 2. Zug: Fahrt am Heimabend bekannt gegeben; 3. und 4. Zug: zum Rodeln nach Großhesselohe 10 Uhr Ostfriedhof und 12.30 Uhr Isartalbahnhof, 40 Pfg. 1. Gruppe: Gauting 9.30 Uhr Waldfriedhof, 25 Pfg.; 2. Gruppe: Grünwald 8.30 Uhr Isartalbahnhof, 85 Pfg.; 4. Gruppe: zum Rodeln ins Isartal 9 Uhr Ostfriedhof, 40 Pfg.

Bekanntmachung.

Gemeinnützige Anstalten und gewerbliche Betriebe haben ihren Bedarf an Kartoffelmehl und Kunsthonig für das Passahfest 1919 unter Angabe der von ihnen verpflegten Personen (Gasthäuser, unter Mitteilung der von ihnen am Passahfest durchschnittlich pro Tag zu beköstigenden Personenzahl) unmittelbar der Kriegskommission aufzugeben.

Gleichzeitig ist mitzuteilen, von welchem Händler die Belieferung erwünscht wird.

Die Anmeldungen haben auf vorgeschriebenen Formularen, die bei der Kriegskommission einzufordern sind, zu geschehen.

Der Bedarf an Kaffee-Ersatz und Zucker ist beim Vorstand der zuständigen Iraelitischen Gemeinde anzumelden.

Rituelle Margarine für das Passahfest kann unter den bekannten Bedingungen bezogen werden.

Für Groß-Berlin erfolgt eine besondere Regelung.

Berlin W. 8, den 10. Februar 1919.
Friedrichstr. 167/68.

Kriegskommission für rituelle Lebensmittel
G. m. b. H.
gez. Freirich. gez. Blank.

Bekanntmachung.

Betr. Passahfest 1919.

Im Verfolg der Bekanntmachung vom 27. Jan. ds. Js. werden hierdurch die auf den Kopf zur Verteilung gelangenden Mengen und die Verkaufspreise an das Publikum wie folgt festgesetzt:

Kartoffelmehl: 200 Gr. 34 Pfg.,
in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., München, Breslau 32 Pfg.
Kunsthonig: 100 Gr. 16 Pfg.

K-O Pflanzenmargarine, Zucker und **Kaffee-Ersatz** kommen in der gleichen Menge wie an die allgemeine Bevölkerung und zum gleichen Höchstpreis zur Abgabe.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden unnachsichtlich verfolgt. Das Publikum wird ersucht, jeden Fall der Zuwiderhandlung der Kriegskommission mitzuteilen.

Berlin W. 8, den 10. Februar 1919.
Friedrichstr. 167/68.

Kriegskommission für rituelle Lebensmittel
G. m. b. H.
gez. Freirich. gez. Blank.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.